



## Antrag

Fraktion DIE LINKE

### Lehrkräfte einstellen, jetzt!

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt mit Befremden fest, dass sich die Ausschreibungen für das kommende Schuljahr verzögern und offenbar nicht wie ursprünglich angekündigt Ende April dieses Jahres erfolgen. Er fordert die Landesregierung auf, unverzüglich zu handeln.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, alle notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, dass die für das neue Schuljahr erforderlichen Neueinstellungen zur Sicherung der Unterrichtsversorgung und zum Ersatz aus dem Dienst ausgeschiedener und noch ausscheidender Lehrkräfte realisiert werden können. Dazu sind mindestens 600 Stellen unverzüglich auszuschreiben.
3. Die Landesregierung wird weiter aufgefordert, Ausschreibungsverfahren anzuwenden, die
  - neben der schul- und fächerkonkreten Ausschreibung auch Ausschreibungen nach Schulformen und Regionen enthalten und darüber hinaus dauerhaft und zeitlich nicht begrenzt Initiativbewerbungen (keine konkreten Vorgaben für Schulformen, Fächer, Regionen und Einstellungszeitpunkt) ermöglichen,
  - für Grund- und Förderschulen und für Schulen der Sekundarstufen I und II jeweils alle Bewerbungen von dafür ausgebildeten Lehrkräften unabhängig vom Schulformbezug ihrer Lehramtsausbildung uneingeschränkt zuzulassen,
  - bei Vorliegen von gravierendem Mangel an Bewerberinnen und Bewerbern den Kreis der Ausbildungsvoraussetzungen zur Bewerbung erweitern und u. a. zur Bewerbung zulassen, wer über einen Abschluss in einem derzeitigen Stundenplanfach oder mehreren derzeitigen Stundenplanfächern nach dem Recht der DDR verfügt, wer eine Lehramtsausbildung absolviert aber den Vorbereitungsdienst noch nicht begonnen oder abgeschlossen hat, wer einen Abschluss im Ausland erworben hat oder wer über keine Lehrerausbildung verfügt aber einen wissenschaftlichen Hochschulabschluss nachweisen und auf dieser Grundlage Unterricht erteilen kann.

(Ausgegeben am 26.04.2017)

## **Begründung**

Die Fraktion DIE LINKE nimmt mit Sorge zur Kenntnis, dass sich offenbar die erforderlichen Ausschreibungen von Stellen für Lehrkräfte an den Schulen des Landes gegenüber den vorgesehenen Planungen verzögern.

Angesichts des Umfangs der zu besetzenden Stellen birgt das nach ihrer Auffassung die erhebliche Gefahr, dass nicht alle ausgeschriebenen Stellen besetzt werden können und sich dadurch die Unterrichtsversorgung im kommenden Schuljahr weiter verschlechtert.

Die Fraktion DIE LINKE lehnt die sogenannten bedarfsmindernden Maßnahmen, die die Landesregierung plant, nachdrücklich ab.

Ungeachtet dessen, ist der Neueinstellungsbedarf erheblich. Die Landesregierung verweist in der Antwort auf die diesbezügliche Kleine Anfrage des Abgeordneten Thomas Lippmann selbst auf die deutlich steigenden Zahlen von vorzeitigem Ausscheiden aus dem Dienst, Dauererkrankungen sowie Altersabgängen hin.

Nach eigenen Berechnungen der einbringenden Fraktion müssen demnach mindestens 600 Stellen unverzüglich ausgeschrieben werden, um das derzeitige Niveau der Unterrichtsversorgung nicht noch weiter zu verschlechtern und gravierendste Mangelsituationen zu beseitigen.

Swen Knöchel  
Fraktionsvorsitzender